

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jeden Werktag. Abonnementspreis mit Wochens. Beilage „Volk u. Welt“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufspr. 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 46

Telefon { 905 nur Redaktion  
926 nur Geschäftsstelle

Anzeigenpreis für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 25 Reichspfennige, auswärts 30 Reichspfennige. Werbeanzeigen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Reichspfennige. Reklamen 90 Reichspf.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46

Telefon { 926 nur Geschäftsstelle  
905 nur Redaktion

# Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 69

Dienstag, 23. März 1926

33. Jahrgang

## Es geht etwas vor

### Regierungsteilmacht mit den Deutschnationalen

S. Lübeck, 23. März.

Es geht etwas vor in der deutschen Politik. Nicht im Plenum des Reichstages, wo im Augenblick hohe Politik gemacht wird. Dort verläuft alles programmäßig, ja in ganz unprogrammätiger Ruhe. Die Rede Stresemanns war vielmehr nach London und Paris gerichtet als an die deutschen Abgeordneten und Westarps Erwiderung war nach übereinstimmenden Berichten außerordentlich matt. Nicht einmal zu einem Mißtrauensantrag hat sich die mutige deutschnationale Opposition aufgeschwungen. Allein Herr v. Graefe, das Enfant terrible der Nationalisten, gab durch ein paar törichte Zwischenrufe Stresemann den erwünschten Anlaß, sich in den Brustton der Ueberzeugung zu werfen, der ihn so gut kleidet.

Also die unangenehme Genfer Angelegenheit wird in Deutschland keinesfalls mehr als die sozusagen vorchriftsmäßigen Wahlen aufzuwerfen. Inzwischen brant sich aber an anderer Stelle, nämlich im Steuerausichuß ein Gewitter zusammen, das, einsteifen kaum bemerkt, doch ganz andere Wirkungen haben kann, als der Theaterdonner im Plenum.

Das Programm des neuen demokratischen Finanzministers Reinhold ist bekannt. Es lautet auf eine kurze Formel gebracht: Allgemeine Steuerherabsetzung. Ein Programm, das einen Finanzminister im allgemeinen beliebt zu machen pflegt. Wir standen zwar von vornherein seinen Absichten nicht uneingeschränkt freundlich gegenüber. Der weitere Abbau der Besteuerungen, deren Milde bereits im Bericht der Dawson-Kommission höflich aber scharf kritisiert wurde — insbesondere die geringfügigkeit der Erbschaftsteuer ist ein internationales Unikum — schien uns ein bedenkliches Experiment. Immerhin, unter der Voraussetzung, daß die bestehenden sozialen Leistungen des Reiches unbedingt durchgehalten würden, war unsere Fraktion bereit, im Prinzip mitzugehen. Eine nicht sehr wesentliche Differenz bestand hinsichtlich der Umsatzsteuer, der unsozialsten und wirtschaftsfeindlichsten aller Steuern. Der Reichsfinanzminister wollte sie zunächst auf 0,6 Prozent herabsetzen, die Sozialdemokratie verlangte sofortige Herabsetzung auf 0,5 Prozent und baldige vollkommene Beseitigung.

Gestern gab es im Steuerausichuß nun eine plötzliche Ueberraschung. Die Regierung hatte sich hinter dem Rücken der Sozialdemokratie mit den Deutschnationalen, die selbstverständlich von Anfang an für eine noch schärfere Senkung der Besteuerungen und gegen eine Milderung der Massensteuern waren, geeinigt. Und zwar in 3 Punkten, mit denen unsere ahnungslosen Vertreter überrascht wurden: 1. Die Wein- und Schaumweinsteuer soll vollständig beseitigt werden. 2. Die im Vorjahr beschlossene und in den neuen Etat eingeführte Biersteuer soll fallen. 3. Dieser Fehlbetrag soll wieder aus der Umsatzsteuer herausgeholt werden. Kein radikaler Abbau, wie die Sozialdemokratie will, auch nicht 0,6 Proz. nach dem Regierungsvorschlag, sondern 0,75 Proz.

Diese drei Vorschläge sind u. E. sehr verschieden zu beurteilen. Am ehesten ließe sich noch über das Verschwinden der

Weinsteuer reden; denn die Winzer an Rhein und Mosel leiden tatsächlich Not. Allerdings scheint uns gerade dieser Weg, ihnen zu helfen, nicht der richtige. Völlig unberechtigt ist dagegen die Aufgabe der Biersteuer. Denn, leider, war die Brauereiindustrie im letzten Jahre fast der einzige Industriezweig, der ungeheure Gewinne herausgewirtschaftet hat. So berichtet die „Berliner Kindbrauerei A. G.“ über eine Absatzsteigerung von 70 Prozent, und sie ist in der angenehmen Lage 18 Prozent Dividende verteilen zu können. Die „Brauhaus Nürnberg A. G.“ verteilt 12 Prozent Dividende und ähnlich sieht es in dieser ganzen von den Deutschnationalen und der Bayerischen Volkspartei besonders begünstigten Industrie aus. — Das tollste Stück jedoch ist die Erhöhung der Umsatzsteuer, deren Last auf allem Konsum, auf Milch, auf Brot, auf Kleidung liegt, und über deren Schädlichkeit unter allen Wirtschaftsjachverständigen nur eine Meinung herrscht.

Ueber dieses neue Steuerrecht wäre noch manches kräftige Wortlein zu sagen; für heute aber steht ein anderes im Vordergrund: Die eigenartige Tatsache, daß der demokratische Finanzminister, zweifellos unter Mitwissen seiner Ministerkollegen, vor allen Wünschen der Deutschnationalen kapituliert hat, ohne den Sozialdemokraten auch nur einen Ton zu sagen.

Jetzt versteht man auch die weiße Mäxigung des Grafen Westarp; jetzt versteht man, warum die Deutschnationalen großmütig auf ein Mißtrauensvotum gegen Luther und Stresemann verzichteten.

Sie hatten ja von Anfang an vor, nur so lange außerhalb der Regierung zu bleiben, bis die anderen Deutschland in den Völkerbund kutschert hätten, um dann wieder stolz mitzufahren. Der Mißerfolg von Genf hat ihnen das Konzept etwas verdorben; aber warten wollen sie nicht länger; denn sie haben noch andere Dinge vor, Getreidevalorisation oder mehr, worauf auch noch näher zurückzukommen ist.

Offenbar sind sie schon wieder tüchtig im Gange mit ihrem alten Kampfanführer Luther; und, wenn nicht alles trügt, auch mit anderen Mitgliedern des Kabinetts. Herr Kühl, den Innenminister, wollten sie ausschiffen, um den Posten wieder für sich frei zu machen; mit Herrn Reinhold, dem Finanzminister, sind sie handelseinig geworden. Oder weiß jemand eine andere Erklärung für diesen sachlich völlig unhaltbaren Umfall des Reichsfinanzministers?

Man kann also noch allerlei Ueberraschungen erleben in den nächsten Tagen. Vielleicht wieder ein bißchen Regierungskrise — wir haben ja so lange keine gehabt, und es war doch so schön.

Unsere Vertreter haben sich einweilen ihre Entscheidung vorbehalten. Wir dürfen von ihnen erwarten, daß sie sich fest und unnachgiebig zeigen. Sie haben die Regierung vor die klare Frage zu stellen: Mit wem wollt Ihr regieren, mit den Deutschnationalen oder mit uns? — Entscheidet Euch bitte. Zu dem Spiel, das Herr Stresemann so schätzt, außenpolitisch mit uns und wirtschaftspolitisch mit dem Großkapital gegen uns, dazu darf und wird die Sozialdemokratie ihre Hand nicht bieten.

## Stresemanns Rechenschaftsbericht

### Matte außenpolitische Debatte im Reichstag

182. Sitzung vom Montag, dem 22. März

Das Haus ist stark besetzt; die Tribünen sind überfüllt. Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Haushalte des Reichstanzlers und des Auswärtigen Amtes. Auf Antrag des Abg. Guerdard wird beschlossen, die Anträge und Interpellationen, die sich auf die Vorgänge in Genf beziehen, mit dieser Beratung zu verbinden. Entgegen den Erwartungen verzichtet der Berichterstatter des Auswärtigen Amtes, Abg. Hoeft (Dnt.) nicht auf das Wort. Seine Ausführungen bleiben zum großen Teil unverständlich. Der Berichterstatter zum Haushalt des Reichstanzlers, Abg. Taubadel (Soz.) verzichtet unter Beifall des Hauses auf das Wort.

Als erster Redner nimmt das Wort

### Reichsaußenminister Dr. Stresemann:

Aus der Vorgehensweise der Genfer Verhandlungen ist besonders bemerkenswert, daß der Völkerbundsrat, als geschlossene Körperschaft im Februar 1925 den Wunsch aussprach, mit Deutschland im Rat zusammenzuarbeiten. Deutschland hat sich nach Ueberwindung schwerer grundsätzlicher Bedenken zum Eintritt in den Völkerbund entschlossen, aber es hat sich selbst nicht dazu gedrängt.

Zweimal ist Deutschland gerufen worden;

einmal aus der Völkerbunderversammlung 1924 heraus, das zweitemal auf Wunsch der Mächte, die den Locarnofrieden nur der Bedingung des Eintritts in den Völkerbund abschließen wollten. Daraus entstand die Pflicht dieser Mächte, noch sich aus alles zu tun, was das Inkrafttreten der Locarnoverträge ermöglichte, nachdem sie selbst die Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund als Kernstück der Locarnoverträge bezeichnet hatten. (Sehr richtig!)

Um so jektischer war, daß kurz nach dem Erreichen Deutschlands um Aufnahme in den Völkerbund Mitteilungen ausliefen, die davon sprachen, daß eine Rekonstruktion des Völkerbundrates erfolgen soll, daß drei Mächte Anträge auf ständige Ratsitze erhoben, daß angeblich Versprechungen in dieser Richtung gemacht worden waren. Der deutsche Reichstag hat in seinem Auswärtigen Ausschuss am 19. Februar eine Entschließung dahin gefaßt: daß Deutschland entsprechend den gegenseitigen internationalen Verhandlungen bei der bevorstehenden Tagung des Völkerbundrates Vorschlag auf einen Ratsitz ohne weitere Forderung des Rates habe. Die Ansprüche Spaniens, Brasiliens und Brasiliens sind in diesem Angelegenheit starke Widerstände, am stärksten in der englischen öffentlichen Meinung. Die schwedische Regierung hatte der deutschen offiziell mitteilen sollen, daß sie gegen jede Vermehrung der ständigen Sitze im Rate, die über die Durchsetzung Deutschlands hinausginge, auch dann hinwegwäre, wenn sie mit diesem Standpunkt allein bliebe. Die deutsche Delegation konnte daher mit dem Gefühl nach Genf gehen, daß tatsächlich die Entscheidung in der Veränderung des Rates über den deutschen Sitz hinaus negativ ausgefallen sei.

Die deutsche Regierung hat, als andere Tendenzen bekannt wurden, auf das Schärfste ihren Standpunkt gewahrt. Auf Anregung Chamberlains sind dann zwei, erzie, zugleich entscheidende Sitzung der Völkerbundratsmächte in Genf statt. Durch den Sturz Briand wurde die Situation erschwert. Aber die Auffassung einer Locarno in Deutschland, daß der Sturz des Kabinetts Briand in diesem Augenblick ein Mandat sei (Sehr richtig! richtig), ist absolut unhaltbar. Die deutsche Delegation hat keinen Zweifel darüber, daß für sie eine Vermehrung der ständigen Ratsitze im Zusammenhang mit der Tagung des Völkerbundes für die Aufnahme Deutschlands die Zurückziehung des Aufnahmegesuches im Gefolge haben würde. Wir verlangten, daß in dieser Tagung nur Deutschland einen Ratsitz erhält.

Gegen eine eventl. spätere Vermehrung der Sitze konnten wir uns nicht erklären.

Deutschland konnte nicht sagen: Wenn ich im Völkerbundrat bin, dann schlicke ich die Tür zu gegen jeden, der dann etwa noch hinein will!

Wenn wir sogar das angebotene Opfer Schwedens zurückweisen, so muß ich fragen, ob eine andere Delegation hätte mehr tun können. (Rufe rechts: Abreisen!) Die Situation war so, daß nicht Deutschland vor der Tür stand und wartete, sondern daß die an Locarno nicht beteiligten Völkerbundsmächte 10 Tage lang auf die Völkerbunderversammlung warten mußten, weil vorher die Locarnomächte mit Deutschland verhandelten. Die übrigen vertraten den Standpunkt, der Völkerbund ist doch nicht allein der Locarnomächte wegen da, sondern Locarno muß in den Völkerbund eingebaut werden. Leider kreuzte sich die Zusage der Locarnomächte an Deutschland mit

Zusagen wahrscheinlich nicht verfassungsmäßiger Organe an andere Staaten.

Ueber die Schwierigkeiten, die sich Spanien wegen seiner Wünsche entgegenstellten, war dieses Land so tief gekränkt, daß es sich aus dem Völkerbund zurückziehen wollte; vorher aber, so erklärte es, würde es gemäß seinem Versprechen und dem von ihm gegebenen Wort für den ständigen deutschen Ratsitz stimmen. (Sehr richtig!) Brasilien glaubte eine andere Stellung einnehmen zu können. Es hat damit die Verantwortung für den Verlauf der Genfer Tagung auf sich genommen. Nach dieser Stellungnahme Brasiliens war das Hauptthema das, ob durch diesen Sturz des Völkerbundes auch die Locarnopolitik einen Stoß erleiden solle.

England und Frankreich brachten uns gegenüber zum Ausdruck, daß, da Deutschland kein Verschulden dafür treffe, daß es jetzt dem Völkerbund noch nicht angehört, das Verhalten ihm gegenüber bezüglich der Locarno-Verhandlungen und der Rück-

## Wer ist der Führer des Lübecker Proletariats?

Die Frage ist etwas seltsam. Sie wurde akut dadurch, daß die Herren Dobroniki und Korobotskii, die Vertreter der proletarischen Sowjetrepublik in Hamburg einen Gesellschaftsabend veranstalteten, um mit den hervorragendsten Vertretern der Hanse- und Hafensüdsee Fühlung zu nehmen. Auf Lübeck entfiel dabei ein (in Zahlen 1) Vertreter. Wer war der Glückliche, der sich dort im Kreise der „Prominenten“ jonnend durfte? Vielleicht Herr Koff, der Führer der Lübecker Kommunisten und zweiter stellvertretender Vorsitzender der Lübecker Bürgerschaft? — Er war nicht geladen. Vielleicht, weil er nicht immer genau die vorchriftsmäßige Gesinnung bekundet, vielleicht — wer weiß. Aber Herr Klann, der doch in der Bürgerschaft, mag nun vom Maststehen auf der Untertrave oder von dem neuen Ziegenbockeseh die Rede sein, keine Gelegenheit verpaßt, die innige Freundschaft mit Rußland als einziges Ziel für Lübeck zu preisen, — ah, auch ihn hatte man nicht gewollt.

Nun, wir wollen den geneigten Leser nicht weiter auf die Folter spannen; erraten würde doch niemand, daß der hervorragende Vertreter Lübecks in den Augen der Allerevolutionärsten — Herr Thiele ist, der Chefredakteur des Lübecker Generalanzeigers. Er allein war der Auserwählte; allerdings so ganz wohl war dem verehrten Kollegen anscheinend doch nicht dabei; denn er weiß zwar den russischen Koispon und Kaviar gebührend zu

würdigen, aber er berichtet doch, daß er „fast betrübt“ gewesen sei in seiner glänzenden Einsamkeit.

Wir gönnen dem Glücklichen diese inkullischen Genüsse von Herzen; aber wir können ihm nicht beipflichten, wenn er dieses Arrangement der Russen als „Nug“ bezeichnet. Für so dumm, so offen zu zeigen, wo sie Anschlag suchen, hätten wir sie nämlich nicht gehalten.

Die Bolschewikialschrittmacher der Generalanzeigerpresse — ist das nicht ein köstlicher Biß? Vielleicht bezeugt uns der neu erkorene Führer des Lübecker Proletariats demnach mit dem roten Sowjetstern am Generalsbande. Wir gratulieren im voraus.

## 15 Millionen?

Berlin, 22. März. (Eig. Drahtber.)

Die bisher vorgelegenen amtlichen Zahlen über das Volksbegehren aus Groß-Berlin und sieben Wahlkreisen sind am Montag durch das vorläufige amtliche Ergebnis aus Württemberg erhöht worden. Die Addition der Ergebnisse aus diesen acht Wahlkreisen von 35 ergibt nach der vorläufigen amtlichen Zählung rund 4 750 000 Einzeichnungen.

Es stehen noch die Ergebnisse von 27 Wahlkreisen aus, in den nach den vorläufigen amtlichen Schätzungen durchschnittlich 35 Prozent aller Wahlberechtigten dem Volksbegehren Folge geleistet haben sollen, jedoch voraussichtlich die bisher erwartete Stimmenzahl von 12 Millionen noch wesentlich überschritten wird. Die unverbindlichen Schätzungen des Reichswahlamtes haben die Zahl von 15 Millionen Einzeichnungen als wahrscheinlich ergeben.



Parteilosigkeit und Parteilosigkeit in Bulgarien

Dem außerordentlichen Kongress der bulgarischen Sozialdemokratie, der in Sofia tagte, schien, rein äußerlich gesehen, nur die Entscheidung über eine allerdings nicht unwichtige Formfrage obzuliegen, nämlich ob es einzelnen Parteigenossen freistünde, ohne Rücksicht auf Beschlüsse und Weisungen der Instanzen der Partei schädigende Treibereien und Zettlungen in aller Öffentlichkeit fortzusetzen.

Aber in Wahrheit standen nicht Formdinge, sondern Fragen zur Erörterung und Entscheidung, die aufs tiefste in das gesamte öffentliche Leben Bulgariens einschneiden. Die Streitigkeiten in der Partei sind eine Erbschaft des unseligen 9. Juni 1923, an welchem Tage der Bauernführer Stamboliski durch blutigen Staatsstreich gestürzt wurde.

War mit Ausnahme des Genossen Dr. Dschidrow der Parteivorstand einheitsmäßig der Meinung, daß bei Stamboliski und Zankoff genügend Gründe zum Ausschluß vorlägen, so schlug bei einzelnen Vorstandsmitgliedern die Besorgnis durch, daß ein zu schnelles Vorgehen zu einer Parteispaltung führen werde.

Auch das Zentralorgan "Napred" (Volk) sieht die besondere Bedeutung dieses Beschlusses in der Absichtung derer, die durch ihre persönliche Teilnahme die Sozialdemokratie in den Rufschand des 9. Juni verwickelten und mit dem Kabinett Zankoff verknüpften.

Der Fall Wiese

Ganz unsonst ist die Justizkritik doch nicht

Der ehemalige Unteroffizier Erich Wiese, der vom Straßenrat des Preussischen Kammergerichts im Jahre 1924 wegen "Kriegsverrats" zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, weil er in italienischer Kriegsgefangenschaft einen Fluchtplan deutscher Offiziere angefertigt hat, soll demnächst auf freien Fuß gesetzt werden.

Die Tat des Angeklagten muß politisch beleuchtet werden. Der Angeklagte als Anhänger des Roten Frontkämpferbundes handelt nur nach den Richtlinien seiner Organisation, wenn er die Mitglieder des Stahlhelms angreift.

Stahlhelm als Staatsanwalt

Was sich der öffentliche Ankläger in Sachen herausnehmen darf!

Vor dem Zwickauer Amtsgericht fand eine Gerichtsverhandlung statt, der eine Kämperei zwischen Rotem Frontkämpferbund und Stahlhelm zugrunde lag.



Kaiserreich und Republik

Die Reichstagsbesprechungen über den Haushalt des Reichspräsidenten im neuen Etatsjahr haben erneut die Aufmerksamkeit auf das Einkommen des obersten Beamten der Deutschen Republik gelenkt.

Man sollte meinen, daß ein junger Mann, der derartige Gedankengänge verbringt, in weitem Bogen aus der Justizverwaltung hinausläge.

Sozialdemokratische Steueranträge

Berlin, 20. März.

Die Stellung der Sozialdemokratie zum Steuerermäßigungsgeleit geht aus den Anträgen hervor, die von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Steuerausschusses im Reichstag gestellt wurden.

- 1. Die Ermäßigung der Umsatzsteuer auf 0,5 % statt 0,6 %.
2. Die Beilegung der Doppelbesteuerung der Genossenschaften.
3. Verpflichtung der Unternehmer, die Ermäßigung der Umsatzsteuer und die Beilegung der Zugsteuer ab 1. April durch entsprechende Ermäßigung der Preise anzurechnen.

Abrüstung in Dänemark

(WJL) Die Mehrheit des dänischen Folketings (Sozialdemokraten und Radikale) hat die Abrüstungsvorlage angenommen.

Nach dieser Vorlage soll das Heer und die Flotte in eine Grenzpolizei und eine Staatsmarine umgebildet werden.

Die Institutionen werden dem Staatsministerium unterstellt. Kriegsmarine und Marineministerium werden abgeschafft, die Festungsanlagen ausschließlich die allgemeine Wehrpflicht aufgehoben.

Grenzpolizei 13.000 Mann. Staatsmarine: 6 Schiffe von zusammen ca. 8000 Tonnen, 24 Schiffe von zusammen ca. 3600 Tonnen, einige Minen- und Depotboote.

Damit werden die jährlichen Ausgaben für diese Zwecke von 50 bis 60 Millionen auf 17 Millionen Kronen reduziert.

Jetzt geht die Vorlage an das Landsting (Senat), wo allerdings ein harter Kampf zu erwarten ist.

Das schöne Mädel

Roman von Georg Hirschfeld.

(48 Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Wir sind uns, glaub' ich, recht ähnlich, wir zwei. Er fuhr auf: Das ist wohl nicht möglich. Doch, Sie wissen das nicht so.

Sie rüde jetzt nicht an ihn heran. Er leuchte im Bann ihres Duftes. Ich bin nämlich krank, flüsterte sie. Das weiß hier kein Mensch, auch Brandina nicht.

Herr Kastor erhob sich: Das ist ja Wahnsinn. Sollen diese Menschen das Beste aus dem Spiel ziehen.

Sie legte begütigend die Hand auf seinen Arm: Ich lieb' halt von den Leuten. Sie sollen nicht vom sicheren Tode leben.

Dann gehe ich zum Herrn Branding. Der darf schon gar nicht wissen, wie's um mich steht.

Was hat er dir gesagt? Du fühlst dich nicht wohl. Du wüßtest nicht, ob du morgen spielen könntest.

Sie atmete auf. Kastor hatte ihm also doch nicht alles gesagt. Nun verlangete sie sich wieder.

Am nächsten Morgen fuhr der Dampfer zur Aufnahme des Schiffsunterganges hinaus. Alles war bereit, auch Ura war erschienen.

Was hat er Ihnen denn geschrieben, fraute Branding mit erzwungener Heiterkeit, während Ura erblicke.

Ich weiß nicht mehr genau. Lauter konfuse Zeug. Ein Satz hat mich besonders geärgert: er wolle sich nicht zu unterm Mitschuldigen machen.

Man fuhr auf die bewegte See hinaus. Heute hatte man das rechte Wetter. Draußen lag ein renoviertes Wrack, das zum Sinken gebracht werden sollte.

Als alles fertig war, wandte sich Branding doch noch einmal mit künstlerischer Besorgnis an Ura: Bist du auch recht warm angezogen.

Ura schüttelte den Kopf. Das Unterzeug macht mich zu schwer. Ich schwimme sonst gut, aber in der Höhe ertrink' ich.

Ura schüttelte den Kopf. Das Unterzeug macht mich zu schwer. Ich schwimme sonst gut, aber in der Höhe ertrink' ich.

Ura schüttelte den Kopf. Das Unterzeug macht mich zu schwer. Ich schwimme sonst gut, aber in der Höhe ertrink' ich.

Ura schüttelte den Kopf. Das Unterzeug macht mich zu schwer. Ich schwimme sonst gut, aber in der Höhe ertrink' ich.

Ura schüttelte den Kopf. Das Unterzeug macht mich zu schwer. Ich schwimme sonst gut, aber in der Höhe ertrink' ich.

paßte nicht ganz zur Situation, daß ein Gefächter entstand, denn ein Hofschauspieler aus Dresden war vorzeitig ins Wasser gefallen.

Kommen, kämpfen! Ichre Branding in seinem schaukelnden Boot. Was glaubt ihr denn, das ist kein Ausfluga vom Stralauer Schwimmverein.

Ura schüttelte den Kopf. Das Unterzeug macht mich zu schwer. Ich schwimme sonst gut, aber in der Höhe ertrink' ich.

Ura schüttelte den Kopf. Das Unterzeug macht mich zu schwer. Ich schwimme sonst gut, aber in der Höhe ertrink' ich.

Ura schüttelte den Kopf. Das Unterzeug macht mich zu schwer. Ich schwimme sonst gut, aber in der Höhe ertrink' ich.

Ura schüttelte den Kopf. Das Unterzeug macht mich zu schwer. Ich schwimme sonst gut, aber in der Höhe ertrink' ich.

Ura schüttelte den Kopf. Das Unterzeug macht mich zu schwer. Ich schwimme sonst gut, aber in der Höhe ertrink' ich.

Ura schüttelte den Kopf. Das Unterzeug macht mich zu schwer. Ich schwimme sonst gut, aber in der Höhe ertrink' ich.

Ura schüttelte den Kopf. Das Unterzeug macht mich zu schwer. Ich schwimme sonst gut, aber in der Höhe ertrink' ich.

Ura schüttelte den Kopf. Das Unterzeug macht mich zu schwer. Ich schwimme sonst gut, aber in der Höhe ertrink' ich.

# Biophon

Alleiniges  
Erstaufführungsrecht  
Der große Sittensfilm  
in 6 Akten



**Schnuggi  
als Chauffeur**  
Tolles Lustspiel in 2 Akten

Alleiniges Erst-  
aufführungs-  
recht!

**Fluß  
und die  
Banditen  
der Nacht!**

Amerikanischer  
Sensationsfilm  
in 5 Akten

„Er“  
auf der  
Fuchs-  
Jagd!

Groteske  
in 2 Akten



## Kontursausverkauf

Alffstraße 23

Schokoladen aller Art, Osterhasen, Kets,  
Bonbons usw. — Erstklassige irische Ware.  
3730) Gränau, Kontursverwalter.

## Reelle Qualitätswaren

Schöne Niederstoffe — Schürzenstoffe  
Leinen — Filze — Julett — Streif-  
laten — Gabardine — Sarjent —  
Manchester — Loden — Tisch- u. Leib-  
wäpche — Vorhangstoffe usw.

**Elegante Herren-Konfektion:**  
Anzüge — Hoßen — Joppen

Ein Posten 3726

**Elegante Damen-Konfektion:**  
Kopfs — Mäntel — Röde usw.

## Ehlers & Reetwisch

Holstenstraße 1. St. Petri 2 u. 4.  
Eleg. Damen- Herren-, Kinder-Stiefel  
und Schuhe usw.  
Reelle Konfirmations-Ausrüstungen.

10 Mk. zahlt Hersteller, wenn „Kreidol“  
nicht in 5 Minuten bei Mensch und  
Tier Kops-, Güß-, Nieder-  
Läuse (Stm) vertugt. Seines  
Abwehrmittels gegen Wanzen.  
Verkauft jede ca. 1

## Zum Palmsonntag

Palmfuchen 50 2.50 5.—  
Platenfuchen . . 1.50 3.—  
Topffuchen 50 1.— 2.—  
Sandforten . . . 1.— 3.—  
verschied. Torten von 3.20 an

Bestellungen sofort erbeten

## Konsumverein

für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Zur Konfirmation  
und zu den Feiertagen empfehle:

**Holsten-Edel** (Deutsches  
Pilsener) 3700  
**Holsten-Tafelbier**

das hervorragende Flaschenbier!

**R. Cornelius**

Fernspr. 458 Markt, Bergstraße 20

## Kolosseum

Morgen Mittwoch:

## Großer Ball

Ballorchester:  
**Die Rich.-Wagner-Kapelle**  
Kassenöffnung 7 Uhr im. d. Reck

## Fahrräder

erfüll. Marken  
u. Anzahlung  
i. Am. wöchentlich  
Fahrräder, Van u'  
Ernst Schmidt  
Rahmstr. 33

## Bommern-Verein zu Lübeck

Gewinnliste

unirerer Tombola, Zie-  
hung vom 21. März 1926

14	28	56	70
78	107	137	157
159	165	166	173
223	239	398	471
494	533	619	624
665	681	712	743
747	774	820	890
893	911	961	963
1009	1048	1087	1101
1148	1170	1191	1369
1397	1423	1436	1505
1607	1671	1706	1746
1751	1752	1820	1861
1868	1876	1950	1964
1965	1990	2009	2016
2020	2034	2036	2039
2049	2057	2062	2065
2131	2154	2160	2220
2269	2303	2304	2327
2404	2419	2424	2427
2438	2469	2476	2526
2527	2570	2617	2661
2715	2727	2734	2742
2759	2805	2813	2831
2893	2895	2921	2931
2940	2962	2972	2993
2994	3004	3056	3063
3068	3070	3071	3083
3093	3101	3106	3111
3126	3149	3171	3212
3238	3250	3267	3299
3325	3361	3365	3369
3370	3385	3395	3420
3458	3462	3463	3466
3517	3549	3572	3596
3601	3607	3648	3654
3655	3706	3802	3806
3844	3853	3862	3871
3880	3935	3948	3986

Ausgabe der Haupt-  
gewinne (erst gedruckt)  
Mittwoch, 24. März, von  
5—6 Uhr, Könißstr. 36,  
der übrigen Gewinne  
von 7—10 Uhr abends  
im Turnerhause.  
Nicht abge-  
holte Gewinne werden  
bis zum 10. April 1926  
beim Landesmann Ernst  
Krüger, Glodenzinger-  
straße 29 verabfolgt, als-  
dann verfallen dieselben  
dem Jahresfonds. (3708)

Kinderzeitung „Der kleine Coco“  
oder Lachzeitung „Tipp“ gratis!

1/2 Mk nur 50<sup>h</sup>



MARGARINE

# Rahma buttergleich

Man kommt gut aus  
auch in teureren Zeiten mit  
„Rahma-buttergleich“

9 Uhr  
**Fledermaus**  
Vorstellung u. Tanz  
Solide Preise  
Eintritt  
50 Pfg.

## Lübecker Genossenschaftsbäckerei

e. G. m. b. H.

Die in der ordentlichen Generalverfam-  
lung vom 2. März 1926 beschlossene Divi-  
dende kann an den Wochentagen von mor-  
gens 9—12 und nachm. von 3—5 Uhr  
gegen Vorzeigung der Guthabenscheine im  
Kontor der Gen.-Bäckerei, Töpferweg 65, in  
Empfang genommen werden.  
3117 Der Vorstand.

## NBL

Notgemeinschaft für Bestattungen  
zu Lübeck e. B.

Gemeinsame Sitzung von Vorstand  
und Kontrollauschuß

am Freitag, dem 26. März, abends 7 Uhr  
im Geschäftslocal.

3711 Der Vorsitzende d. Kontrollauschusses.

## Zigaretten

**Zigarren**  
C. Wittfoot  
Ob. Huxstr. 18.

## Achtung Bauarbeiter

**Baubelegierten-  
Versammlung**

am Mittwoch, 24. März  
abends 8 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus

Jede Baustelle muß  
durch einen Delegierten  
vertreten sein. (3714)

Der Vorstand

## Deutscher Verkehrsbund

Ortsverwaltung Lübeck  
(3716)

## Versammlung der Schauerleute

Mittwoch, 24. März,  
abends 7 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:

1. Wahl des Betriebs-  
rates
  2. Entlohnung der Pa-  
pierholzdampfer
- Die Ortsverwaltung

## Stadttheater Lübeck

Mittwoch 6.30 Uhr  
Die Walfire

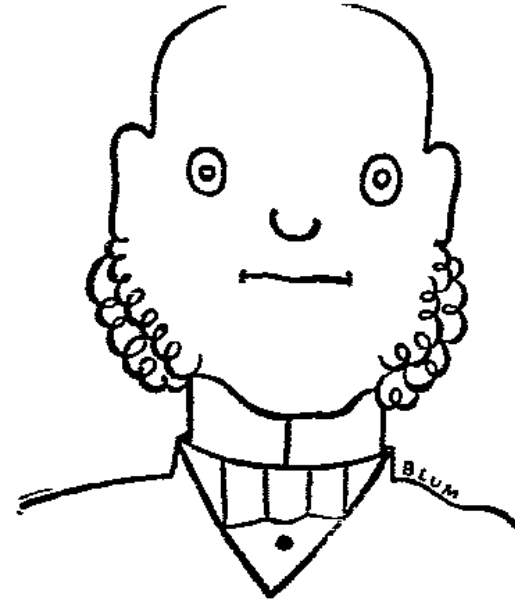
Ende 10.30 Uhr  
Donnerstag 8 Uhr

Die Durchgängerin  
Lustspielneuheit!!!

Freitag 8 Uhr  
Der Kreidekreis

Sonnabend 7.30 Uhr  
Lohengrin

Für die Volkshöhne  
Kammerstücke:  
Sonnabend 6 Uhr  
Wettlauf mit  
dem Schatten



Ein ehrlicher Diener  
im Haushalt ist das  
**Gas**

Es hat die vielseitigste Verwendungs möglichkeit.

## Stoßvorführung

am Mittwoch, dem 24. März,  
nachmittags 4 1/2 Uhr

## Aberbestelle

e. G. m. b. H.

(3720)

Breite Straße 21

## Der Etat in der Bürgerschaft

### Die Selbstverwaltung der Schulen angenommen / Die allgemeine Aussprache

b. Lübeck, 22. März.

Nun ist der jahrelange Kampf um die teilweise Schulreform endlich beendet. Die Senatsvorlage über die Selbstverwaltung der Schulen, zu der sich der Senat nur schwer entschließen konnte, aber notgedrungen bequemen mußte, wurde in zweiter Lesung mit unwesentlichen Änderungen angenommen. Das Gesetz entspricht nicht unseren Forderungen, aber es ist angetan, eine eminente Kraftprobe auszuhalten. Dieser gewählten zu sein, haben neben den Eltern in erster Linie die Lehrer zu erweisen. Obwohl in ihrer Mehrheit Anhänger des alten Obrigkeitsstaates, wird ihnen jetzt ein Recht in die Hand gelegt, das sie von diesem niemals erhalten hätten. Den großen Fortschritt haben sie ausschließlich der harten Arbeit der Sozialdemokratie und den parteigenösslichen Lehrern zu verdanken. Was sonst noch mitging, tat es nicht aus reiner „Nächstenliebe“. Aber wir wollen dem Keugehaffenen kein Vergernis auf den Weg geben. Wir sehen das Vertrauen in die 375 Lübecker Lehrer, die die Bürgerschaft um Annahme des Kompromißantrages in letzter Stunde ersuchten, daß sie den rechten Weg finden und zum Wohle der Schule handeln. Denn um Schule und Kind geht es vor allem. Ueberflüssig zu sagen, daß die Kommunisten sich zum Schluß recht kindisch gebärdeten und schmollend in den Ecken standen. Wenn bei diesen Allerweltspolitikern nicht gleich eine Sowjetliste schießt, dann ist jede Reform für die Katz und sie marschieren mit Hausagrariern, Deutschenationalen und Böckischen in einem Tritt. Was festzuhalten ist.

Nach dieser zweistündigen Aussprache kam die Vorbilanz für den Lübeckischen Staat zur Besprechung. Der Haushaltsplan für ein Staatswesen ist von eminenter Wichtigkeit. In dem 97 Seiten starken Großquartband stehen Seite an Seite gereiht unendlich viel trockene Ziffern. Nicht für jedermann und nicht einmal für jeden Parlamentarier bis ins letzte lesbar. Am ersten Tage — es sind noch 3 zur Beratung vorgesehen — sprach man nur über die Endzahlen. Für unseren kleinen Staat mit der großen Vergangenheit ganz ansehnliche Arabesken: 29,6 Millionen Einnahmen, 27,7 Millionen Ausgaben, 1,9 Millionen Unausgeglichenes. Die Sprecher der vier Parteien, die am Montag zu Worte kamen, sie standen vor einer unaänderlichen Tatsache. Man merkte es ihren Reden an, daß hier nicht viel zu ändern ist. Denn wo hier das Plenum vorgeht, erhält, das war der Ertzt nachfolgender Beratungen verantwortlicher Männer des Haushaltsausschusses. Und doch wird nicht alles so glatt ablaufen. Denn der Haushaltsplan hat auch zur Unterlage zwei neue, vorläufig dem Haushaltsausschuß überwiesene Steuergesetze: die Aufwertungs- und Gewerbesteuer. Der Senat wie die bürgerlichen Parteien kämpfen heute noch wie zu Bürgermeister Eichenburgs Zeiten um die Neubelastung der Genossenschaften. Obwohl wir, wie unser Fraktionsvorsitzender Genosse Haut ausführte, alle Genossenschaften von der Gewerbesteuer befreit wissen wollen, sind die „modernen“ Wirtschaftler von dem Wunsche besesselt, hier den auf reiner genossenschaftlicher Basis aufgebauten Konsumvereinen eine Schlinge um den Hals zu legen.

Großzügig, wie es ein allgemeiner Umriß der Staatsgeschäfte erfordert, behandelte der lübbische Finanzier, Senator Dr. Kalkbrenner, unseren Weltlauf mit dem Schatten im laufenden Jahre. Ein Wettlauf mit dunklen Mächten ist es, denn das 120 000 Mann starke Lübeck allein ist im Wirtschaftsgetriebe des 60-Millionen-Volkes nur ein Rädchen. Und die Delung dieser vielzähligen Rundung ist verflucht teuer. Fast die Hälfte der Staatseinnahmen müssen für Beamte, Angestellte und Pensionen ausgegeben werden. Doch die Vereinfachungskonstrukturen wissen auch keinen Rat. Vielleicht hat die Handelskammer, die einen wissenschaftlich begründeten Steuernotbehelf herausgab — die Redaktion hat ihn nicht erhalten — den mechanischen Abbau selbst betrieben. Soviel wir aus anderen Städten erfahren haben, hat die Wirtschaft wie ihre Vertretung entgegengesetzt gehandelt.

Um zur Sache zu kommen. Nach den von uns nicht zu bezweifelnden Angaben Dr. Kalkbrenners ist Lübeck bemüht, nach bester Kraft sich an der Suche nach einem Ausweg aus dem Elend zu beteiligen. Wie die Weiser des Senats deuten, das möge man aus dem Bericht ersehen. Wir freuen uns, daß Lübeck endlich an das große Weltflugnetz angegliedert wird, wir sind aber zwiespältiger Ansicht mit dem Senat, daß er nun auf einmal mit den Vaterländischen Verbänden Brüderchaft trinken und sie bauehandwerklich betätigen lassen will. Nach der bisherigen lokalen Behandlung staatlicher Baugelder, wie sie Genosse Haut so trefflich anführte, liegt gar kein Grund vor, diese tropfkalösen Gründe einzubeziehen. Diese Volkserneuerer bilden sich ein, das Vermögen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, das aus den Großen kümmerlich entlohnter Proletarier zusammengeramelt ist, liege für ihre politisch durchsichtigen Zwecke parat und der lübbische Staat müsse das Fehlende dazugeben.

Gen. Haut, der als Vorsitzender des Haushaltsausschusses den Etat gründlich kennt, rechnete mit diesen Sonderbündlern energisch ab. Im übrigen spezifizierte er den Haushaltsplan nach der rein wirtschaftlichen Seite, wie sich auch die übrigen Redner, Ewers von der Volkspartei, Kühn von den Deutschenationalen und Dr. Geißler von der drei Mann starken Hausbesitzerorganisation sehr referiert verhielten. Das schloß nicht aus, daß der Volksparteiler den Sozialdemokraten glaubige Vorwürfe der Dienen wegen machen zu müssen, obwohl er feinerzeit dafür stimmte und wissen mußte, daß gerade die Bürgerschaftsmitglieder der Linksparteien für die Tätigkeit in der Bürgerschaft und den Kommissionen schwere Lohnschindeln haben.

Drollig anzuhören war die Pastorenpredigt Kühls. Der Agitator der bürgerlich geeichten Kleinrentner lehnt Schwimmhalle und Theater glatt ab, ist aber für eine Gefrierfleischauflistungshalle, um dem in dieser Beziehung vorbildlichen Konsumverein Konkurrenz machen zu können. Dieser sinnbildliche Vertreter der Aufwertungsparthei tanzte einen Ringelreigen, der einige Erheiterung in die ernste Gesetzesmaschinerie brachte. — Dr. Geißler, der Hausbesitzeradjunkt, führte den üblichen Eier-tanz auf, ohne die Kunde zu schließen. Das werden am Mittwoch seine Freunde von gestern besorgen. Vier Parteien kommen je halbstündlich zu Wort und dann wird dieser Schwarm im einzelnen gerupft, wobei jedem Sprecher 10 Minuten zur Verfügung stehen.

★

Unter geschäftlichen Mitteilungen gibt der Wortführer Ehlers bekannt, daß an Stelle des nach Hamburg verjagten Bürgerschaftsmitgliedes Max Herzig Kötter-Borwerk (Soz.) getreten ist. — Der Staatsanwalt will das Bürgerschaftsmitglied J. Hefti wegen Beleidigung des Malermeisters Schloffer belangen. Damit wird sich der Ältestenausschuß befassen. — Bruns (Soz.) bemängelt die unelbstlichen Zustände an der Pflichtfortbildungsschule für Mädchen. Der Antrag zu der einjährigen Volksschule an Stelle des dreijährigen Schulbesuches ist sehr groß. Es sind 320 Mädchen angemeldet, aber es ist nur für 170 Kinder Platz vorhanden. — Haut (Soz.) beantragt Ueberweisung an den Ausschuß für Unterricht, Kunst und Wissenschaft, um die Verhältnisse an der Schule gründlich zu untersuchen. Dem wird zugestimmt. — Weiter wird erneut Einspruch gegen die späte Zustellung der Bürgerschaftsvorlagen erhoben. — Ein kommunistischer Dringlichkeitsantrag über Herabziehung der Mieten findet nicht die notwendige Unterstützung. — Der ständige Senatskommissar nimmt auf frühere Erläuterungen aus der Bürgerschaft Bezug und betont, daß anlässlich der Amnestie nur ein einziger Fall von Vergehen gegen § 218/19 vorgelegen habe. Der Senat habe bereits zu Beginn des Jahres 1926 die bedingte Begnadigung nach Verbüßung der Hälfte der Strafe ausgesprochen. — Im Falle des Drehers Glade habe der Senat ein Gnadengesuch befürwortet, der Oberstaatsanwalt habe es aber abgelehnt. Im Falle Engelmann, der wegen Hochverrats und Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz bis zum Jahre 1927 eine Zuchthausstrafe zu verbüßen habe, sei kein Gnadengesuch eingegangen, der Senat sei auch nicht in der Lage weitere Schritte in dieser Sache zu tun.

### Gelbstverwaltung der Schulen

(2. Lesung)

Hierzu liegt ein Antrag Kühn mit 14 Unterschriften auf namenkliche Abstimmung vor. — Dr. Vietz (Soz.) begründet eine neue Fassung des § 14 Abs. 2, wonach bei nicht-erzielbarem Einverständnis über die Bewohnung am Unterricht die Eltern durch den Elternrat die Entscheidung des Lehrkörpers verlangen können. — Dr. Wittern (Bölk.) polemisiert gegen diese Fassung wie gegen diejenige verschiedener anderer Paragraphen. — Eine Anfrage von Ehrich (DN.), ob durch die Einführung der Selbstverwaltung weitere Aufsichtsbeamte notwendig würden, wird vom Senat einstweilen verneint. — Schmidt (Komm.) macht die Zustimmung seiner Fraktion zu dem Gesetz von der Annahme eines von ihr gestellten Änderungsantrages über das Recht der Bewohnung der Eltern am Unterricht abhängig. — Die Fassung dieses Paragraphen wird nach dem sog. Vorschlag angenommen. Ebenso finden einzelne Änderungsanträge Dr. Witterns Annahme. — Die Senatsvorlage wird hierauf in namenklicher Abstimmung mit 40 gegen 27 Stimmen angenommen.

### Die Generaldebatte zum Haushaltsplan

Was der Finanzienator sagt

Senator Dr. Kalkbrenner: Der Haushaltsplan für 1926 steht unter dem Zeichen der Not. Die allgemeine Wirtschaftskrisis hat auch Lübeck ergriffen und zahlreiche geschäftliche Zusammenbrüche zur Folge gehabt. Mehr als 5000 Erwerbslose kennzeichnen die Lage und kommen im Haushaltsplan zum Ausdruck. Das Hauptaugenmerk ist auf Sparmaßnahmen und die Milderung der sozialen Not zu richten. Den Ausgaben von 29,6 Millionen stehen 27,7 Millionen Reichsmark Einnahmen gegenüber. Die außerordentliche Höhe des Fehlbetrages von 1,9 Millionen Reichsmark kennzeichnet den Ernst der Lage. Ein solcher Fehlbetrag darf nur vorübergehend sein, er ist nur zu ertragen, weil alles in Fluß ist. Es wäre aber auch nicht zu verantworten, die wirtschaftlichen und kulturellen Güter abzubauen. Die Wirtschaftslage verbietet Steuererhöhungen vorzuschlagen. Für 1926 bieten die Steuerüberweisungen vom Reich noch Gewähr. Die Schwierigkeiten werden mit deren Wegfall im kommenden Jahr einsehen. Dann erhält Lübeck das Recht, Zuschläge zur Reichseinkommensteuer zu erheben. Die Tarife und Gebühren müssen den veränderten Lohn- und Preisverhältnissen angepaßt werden. Das gilt auch für die Friedhofgebühren. Die Ausgaben für Beamte und Angestellte erfordern 9,6 Millionen, diejenigen für Ruhegehälter, Witwen und Waisen 1,275 Millionen gegen 1,070 Millionen im Vorjahr. Für Wohnungsbauzuschüsse haben wir 2,2 Millionen aufgewendet. Lübeck steht damit unter allen deutschen Ländern und Städten an erster Stelle. Senat und Bürgerschaftsmehrheit wünschen, daß auch in Zukunft der Wohnungsnot gesteuert wird. Neue Kräfte, die sich im Wohnungsbau betätigen haben, sollen nicht zurückgewiesen werden, wenn ihre finanzielle Grundlage gut ist. Es kommen aber vor allem solche in Frage, die sich bereits zu einer Zeit bewährt und neue Wege beschritten haben, als niemand den Mut zum Bauen fand. (Zuruf links: Sehr wahr!) Für große staatliche Hochbauten fehlen leider die Mittel. Sobald es möglich ist, wird der Senat mit Vorlagen zur Erweiterung des Krankenhauses und dem Bau einer Schwimmhalle kommen. Für Schulbauten sind 200 000 Reichsmark eingelegt. Dem Straßenbau zur Förderung des Verkehrs und der Ausgestaltung der Hafeneinrichtungen wird größte Aufmerksamkeit gewidmet. Zur Förderung des Flugverkehrs sind 65 000 RM. eingelegt. Lübeck wird dadurch in den internationalen Flugverkehr und die Linie Malmö—Kopenhagen—Berlin einbezogen. Die Aufwendungen für kulturelle Zwecke sind beträchtlich. Für Nach- und Neubewilligungen ist 1 Million eingelegt, es muß versucht wer-

den, mit diesem Betrag auszukommen. Von der Vereinfachung der Verwaltung ist nicht allzuviel zu erwarten. Ein mechanischer Beamtenabbau würde unzuverlässig sein. Manches in unserem Aufgabenkreis ist durch das Reich vorgeschrieben oder durch das Vorgehen anderer Länder bedingt, so z. B. die Vergrößerung der Seefahrtschule. Notwendig ist die Stärkung der Wirtschaft, damit sie höhere Steuerbeiträge abliefern kann. Die Steuerlast ist in Lübeck noch nach wie vor drückend, doch ist sie geringer als in den meisten Städten Norddeutschlands, die zum Vergleich herangezogen werden können. Gute Beziehungen zum Ausland sind für uns von Bedeutung. In diesen Tagen wird der deutsch-schwedische Handelsvertrag erneuert. Von der schwedischen Ausfuhr im Jahre 1924 im Betrage von 405 Millionen Reichsmark gingen Waren im Werte von 104 Millionen über Lübeck. Wir werden auf Verkehrsverbesserungen Bedacht nehmen müssen. Der Ausbau der Chausseen, die Bahnverbindung Schwartau—Neustadt usw. wird zur Belebung beitragen. Die Lübeck-Linie kann ihren ganzen Schiffsport für den hiesigen Hafen einsehen. Die Kreditgewährung durch die Lübecker Kreditanstalt trägt zur Vinderung der Not bei. In Bezug auf die Arbeitslosigkeit steht Lübeck mit 25,7 pro Tausend gegenüber dem Reichsdurchschnitt mit 32,9 pro Tausend günstiger da. Der Redner schloß mit einem Hinweis auf die 700-Jahrfeier und der Hoffnung, daß gemeinsame Arbeit die schwere Zeit überwinden werde.

### Haut (Soz.)

Kritisiert eingangs seiner Ausführungen auch das Verhalten des Landgerichtspräsidenten bei der Anstellung des Schwartauer Versorgungsamters. Der Präsident möge formell im Rechte sein, in moralischer Beziehung sei dessen Standpunkt nicht gerechtfertigt. Die Bürgerschaft werde sich diesen Vorfall merken. In den Ausführungen des Herrn Senator Kalkbrenner über die Förderung der Wirtschaft habe er zu bemerken, daß seine Fraktion diesen Standpunkt teile. An einer vernünftigen Wirtschaft hat die Arbeiterchaft ebenfalls Vorteil. Der Herr Senator sagte, es befände sich gegenwärtig alles im Fluß. Da ist es doch merkwürdig, in welcher Weise alles fließt. Vor nicht allzu langer Zeit wurde uns das Seelenheil versprochen, wenn wir erst wieder eine aktive Handelsbilanz hätten. Nun haben wir diese aktive Bilanz, und doch steht alles auf dem Kopf. Die Ursache liegt an dem letzten Innenmarkt. Wie können wir diesen heben? Nicht mit den Argumenten der Kapitalisten, die die Löhne abzubauen wollen, sondern indem wir den Arbeitern Löhne ermöglichen, daß sie wieder kaufkräftig werden. (Zuruf: Sehr richtig!) Die vorliegende Gewerbe- und Aufwertungssteuer muß der Haushaltsausschuß eingehend prüfen, sie bildet das Rückgrat unserer ganzen Finanzierung. Ebenso bedarf der Beschluß des Ausschusses zur Vorprüfung über die Gebührenerhebung für das Bestattungswesen einer Zurückverweisung. Wir sind durchaus mit dem Vorschlag der kostenlosen Bestattung einverstanden, doch muß der Ausschuß uns sagen, woher wir die Mittel nehmen sollen. Zu der Frage der Gewerbebesteuerung werden wir den § 2, der die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften wie die Konsumvereine einschließt, ablehnen. Der Senat beruft sich bei der Begründung auf Preußen und Mecklenburg. In Preußen sind diese Genossenschaften nur durch ein Verleihen einbezogen worden. In Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Strelitz werden sie nicht besteuert. Die Argumentation des Senats ist unberechtigt. Die Konsumgenossenschaft ist kein Gewerbebetrieb, ebenso wenig wie der Zusammenschluß der Landwirte zur Verbesserung der Milchwirtschaft und Viehzucht. Die Handwerker finden sich zu Einkaufs- und Absatzgenossenschaften zusammen, um die notwendigen Rohstoffe, Maschinen usw. billiger einzukaufen, als es dem einzelnen möglich ist. Man muß doch unterscheiden, ob der Betrieb auf Profitwirtschaft eingestellt ist oder das gemeinsame Handeln zu erleichtern. Ebenso erfolgt die Beteiligung an einer Kreditgenossenschaft nicht der Dividende wegen, sondern um Kredit zu erhalten, die haufmäßig überhaupt nicht oder nur zu schwersten Bedingungen zu bekommen sind. Es handelt sich hier und hauptsächlich bei den Konsumvereinen nicht um ein kapitalistisches Prinzip. Durch gemeinsamen Einkauf im großen und Verteilung im kleinen wird gute Ware garantiert und eventuelle Erparung — kein Gewinn — am Jahresfluß zurückvergeben. Die Gewinnabsicht fehlt, also handelt es sich um kein Gewerbe. Eine ganze Anzahl Wissenschaftler teilt diesen Standpunkt, den die Gerichte vielerorts bestätigt haben, so das preußische Oberverwaltungs- und das Kammergericht, das thüringische Oberverwaltungsgericht, das oberste bayrische Landesgericht, der württembergische Verwaltungsgerichtshof und der Reichsfinanzhof in München. Daß die Aufwertungssteuer noch erhoben werden muß, bedauern wir, hoffentlich macht ihr die Hebung der Wirtschaftslage den Garaus. Im Wohnungsbau versucht man neue Methoden einzuführen. Man gründet vaterländische Heimstätten, denen nur Mitglieder der beir. Verbände angehören können. Und wenn der Senat glaubt, diese Verbände absolut nicht auszuschließen zu können, dann befindet er sich im Widerspruch mit den Reichsinstanzen. Das Reichsfinanzministerium erklärte, es sei unzulässig, eine neue Zerplitterung herbeizuführen, wenn nur geringfügige Mittel vorhanden seien. Ueber die im Vorjahr verteilten Mittel kann sich kein ehrlich und reell denkender Mensch beklagen. Es ist eine Annahme sonderbar, wenn die Vaterländischen Heimstätten behaupten, die Mittel seien nur für Arbeiter ausgegeben. In Lübeck wurden für alle Kreise Wohnungen gebaut. Bei der Instandsetzung des Buniamshofes beantragen wir die 13 000 RM. für die Tribünen zu streichen. Auch muß versucht werden, die Kosten für das Nachrichtenamt durch Angliederung an die Senatskanzlei herabzusetzen. Uebersichtlich gering sind die Einnahmen der Stadigärtner im Betrage von 44 000 RM., wovon wieder 26 950 RM. für Neubauten in Abrechnung kommen. Bei der Position Seefahrtschule erwarten wir noch einen Senatsantrag, der sich mit Stipendien befaßt. Unsere Haupteinnahmequellen, die Grunderwerbs- und Umsatzeuer sind im Ertrag um je 200 000 RM. heraufgesetzt, obwohl sie der Reichstag herabgesetzt hat. Auch die Grundsteuer soll 700 000 RM. mehr erbringen. Hoffentlich erweisen sich diese Schätzungen als richtig. Die Steuerquellen sind nur durch die Hebung der Wirtschaft flüssig zu machen. Im Abschnitt 19 steht heute 1 Million an Stelle von 3 Millionen im Vorjahre. Es muß in allem





Gesellschaftliche Kinderfreunde

Im Dienstag, dem 23. März fallen die Feiern...

Reichshanner Schwarz-Rot-Gold

Abend, Spielleute! Heute abend 7 1/2 Uhr...

Gewerkschaftliche Mitteilungen

Jugendabteilung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes...

Wetterbericht der Deutschen Gewerkschaften

Wichtige, zeitweise böige Winde aus Ost bis Nordost...

Arbeiter-Sport

Freier Wassersportverein Lübeck. Vorstandssitzung am Mittwoch...

Schiffsnachrichten

Dampfer Riga, Kapit. S. Boese, ist am 21. März morgens 1 Uhr...



Rundfunk-Programm

Allgemeine Tageseinteilung: 6.55 Uhr vorm.: Zeitangabe...

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Amtlicher Teil

Berufung der Bürgerschaft

am Mittwoch, dem 24. März 1926, abends 6 Uhr...

Bekanntmachung

Auf Grund des § 4 Abs. 1 Ziffer 2 und 3, sowie des § 5...

Im Konkursverfahren

über das Vermögen des Malermeisters Friedel Jolkers...

In dem Konkursverfahren

über das Vermögen des Kaufmannes Ernst Koll...

Das Konkursverfahren

über das Vermögen des Händlers Franz Hermann...

Öffentliche Versteigerung

am Donnerstag, d. 25. ds. Mts., mittags 12 Uhr...

Holzverkauf

am Freitag, dem 26. d. Mts., im Auktionslokal...

Zwangsversteigerung

Zum Zwecke der Aufhebung der Erbengemeinschaft...

Holzverkauf

am Montag, dem 29. März 1926, vormittags 10 Uhr...

Holzverkauf

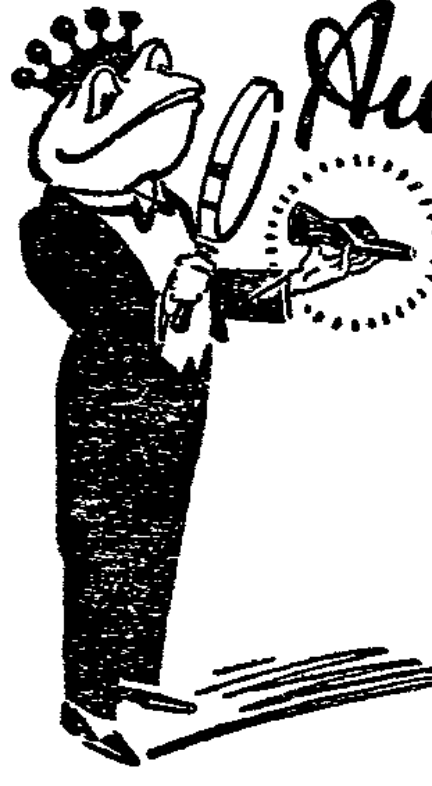
am Montag, dem 29. März 1926, vormittags 10 Uhr...

Holzverkauf

am Montag, dem 29. März 1926, vormittags 10 Uhr...

Holzverkauf

am Montag, dem 29. März 1926, vormittags 10 Uhr...



Auch unter der Lupe

entdecken Sie keinerlei Risse und Sprünge im Leder...

Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder!

Nichtamtlicher Teil

Ein Blodwagen zu vt. Töpferweg 72, ptr. (3694)

Anna Lieblich geb. Wade im 70. Lebensjahre...

Jochim Heins im 68. Lebensjahre...

Jg. Frau inat Beschäft. in den Baumgarten...

Sanb. Frau zum Reinwaschen und Waschen...

Auf. u. leid. Lampenfirmen...

Bruterei, Rehbühnen, Zial-Hühner...

Dr. Seeborn wiederhergestellt

Rorbitteln u. Sische billig z. verkaufen...

Rauchzeug Preiswerter und guter C. Wittfoot...

Alles rennt in großer Eile zum Vorverkauf...

Nedderdütschen Sneeldeal

Asthma- und Lungenleidende Kennen Sie Dr. Clem. Wagner's peruvian...

Margarine 60 Pf. Blafschmalz 98 Pf. Diamantmehl 5...

Wunderkerzen 15 Pf. Buntefah-Rum 90 Pf. Weinbrand-W. 2.30...

Konferven ig. Erbsen 20 Pf. Suppen-2 60 Pf. Brechhu Schnitzb. 2 75...

Rud. Brincker Hüttenort-Wiese 5 Cde Dorstheinstrasse...

Kartoffeln ia gelbe Industrie Zentner 3.00...

Läuse vert. bei Wange m. Einm. Anw. Kompolda...

Zum Baden Kuchen-Sirup 30 Pf. Margarine 65 Pf. 60 Pf. Blafschmalz 95 Pf. 95 Pf. 1. Diamantmehl 5-2 1.45...

Eduard Speck Häufigstraße 80/84. (572)

Das Fahrrad kein Bau, keine Instandhaltung u. Reparaturen...